

Statement nach dem Attentat auf den Berliner CSD:

Mit großer Erschütterung haben wir auf den extremistischen Anschlag auf den Berliner CSD reagiert. Wir trauern und sprechen unsere tiefste Anteilnahme und Solidarität gegenüber den Angehörigen der Verstorbenen aus, den Verletzten und allen Menschen in den queeren Communitys, die durch diesen Anschlag (re-)traumatisiert wurden. Allen Betroffenen muss unverzüglich jegliche Form von staatlicher Unterstützung gewährleistet werden, die sie benötigen.

Gleichzeitig sind wir schockiert und wütend darüber, wie das Geschehene derzeit politisch instrumentalisiert wird. Aus unserer Perspektive werden auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen politische Antworten gegeben, die den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft nicht gerecht werden und nicht zum wirksamen Schutz queerer Menschen beitragen. Gerade jetzt braucht es Aufklärungsarbeit, Prävention und Investitionen in Demokratie, soziale Strukturen sowie die Zivilgesellschaft. Wir stellen uns entschieden gegen all jene politischen Reaktionen auf das Attentat, welche vorrangig verschärfte Strafen verlangen, anstatt die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen voranzubringen.

Wir fordern daher:

1. Die Rücknahme von Kürzungen und Streichungen queerer, antirassistischer und demokratiebildender Bildungs-, Aufklärungs- und Jugendarbeit:

Im Sinne der Gewaltprävention müssen wir umfassend ansetzen und in den Kontakt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen treten, lange bevor es zu Gewalttaten kommt. Queerfeindlichkeit fungiert oftmals als Brückenideologie zwischen verschiedenen autoritären Ideologien, somit ist queere Bildungs- und Aufklärungsarbeit immer auch Gewaltpräventionsarbeit.

Dessen ungeachtet erleben wir seit Jahren massive Kürzungen und den Abbau queerer Bildungs- und Jugendarbeit. So wurden im Zuge der Neuausrichtung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (BMBFSFJ) queere Projektförderungen vorzeitig beendet und dem größten bundesweiten queeren Jugendnetzwerk Lambda e. V. (Lambda Bund) nach jahrzehntelanger Förderung die Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan zum nächsten Jahr entzogen. Werden Bildungs-, Aufklärungs- und Präventionsangebote abgebaut, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, gehen wichtige Schutzräume für und von queeren Menschen, BIPOCs und weiteren marginalisierten Communitys verloren, die demokratische Teilhabe stärken und Diskriminierung entgegenwirken. Dadurch werden autoritäre und menschenfeindliche Ideologien begünstigt.

2. Die langfristige Strukturförderung für Demokratiebildungsprojekte statt jährlicher Zuwendungsförderung:

Die meisten Demokratiebildungsprojekte hängen sich von einer jährlich befristeten Förderung zur nächsten. Dies erschwert langfristige Planung und verhindert den Aufbau nachhaltiger Strukturen, welche notwendig sind, um Vertrauen aufzubauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Die daraus resultierende Instabilität führt verbunden mit einer hohen Arbeitsbelastung zudem zu erheblichem Stress und Burn-out bei Mitarbeiter*innen dieser Projekte.

Demokratiebildung ist ein Muss und kein Luxus. Gerade in Zeiten, in denen die Demokratie stärker denn je unter Druck steht, muss sie auch in ihren eigenen Erhalt investieren. Geschieht dies nicht, drohen langfristig ein Auseinanderdriften der Gesellschaft und ein weiteres Erstarken autoritärer Strömungen.

3. Nachhaltige Finanzierung für Präventions-, Bildungs- und Sozialarbeit statt Aufstockung bei Polizei und Sicherheitsapparat:

Der Berliner Senat hat in den letzten Jahren massive Kürzungen in den Bereichen Bildung und Soziale Arbeit durchgesetzt, während sich die Finanzierung von Polizei und Sicherheitsapparat in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat und kontinuierlich weiter steigt. Gleichzeitig sehen wir, dass die Aufstockung der Ressourcen für die Polizei und der Ausbau von Überwachungsmechanismen nicht zu mehr Sicherheit für queere und andere marginalisierte Menschen geführt haben. Die stets steigenden Zahlen queerfeindlicher Übergriffe zeigen, dass diese finanziellen Umschichtungen kein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Queerfeindlichkeit sind. Sicherheitspolitische Antworten dürfen nicht zulasten präventiver und sozialer Infrastruktur gehen.

Mit Sorge beobachten wir, wie Überwachungsmechanismen auch die Grund- und Freiheitsrechte queerer Menschen einschränken: Das Bundesinnenministerium plant nach wie vor die Einführung eines Sonderregisters für trans* und nicht-binäre Personen, welches diese anlasslos unter Generalverdacht stellt, in ihre Grundrechte eingreift und das Offenbarungsverbot gefährdet.

Durch die Kürzungen gehen zudem Hilfestrukturen (wie z. B. Beratungsstellen) in der Sozialen Arbeit verloren. Dies vergrößert den Schaden für queere Communitys und lässt von Gewalt Betroffene zunehmend sich selbst überlassen.

4. Die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe für junge Menschen anstatt Jugendstrafrechtsverschärfungen:

Eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung besteht darin, Teilhabe, Bildung und verlässliche Unterstützungsstrukturen für die demokratische Entwicklung junger Menschen zu gewährleisten. Erfahrungen von Zugehörigkeit, Anerkennung und Mitbestimmung stärken demokratische Haltungen und wirken extremistischen Ideologien entgegen.

Aus unserer langjährigen Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit wissen wir, dass nachhaltige Prävention dort gelingt, wo junge Menschen diskriminierungskritische Lern- und Lebensräume, verlässliche Beziehungen und echte Beteiligungsmöglichkeiten erleben. Dies ist insbesondere für queere Kinder und Jugendliche sowie andere diskriminierungserfahrene junge Menschen von Bedeutung, da Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen für sie häufig zentrale Schutz-, Bildungs- und Entwicklungsräume darstellen.

Vor diesem Hintergrund sind die aktuell nach dem Anschlag erhobenen Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts keine nachhaltige Lösung, um queerfeindliche und andere diskriminierungsmotivierte Gewalt zu verhindern. Statt der angestrebten *sozialen Rehabilitation* bewirken strafende Maßnahmen oftmals eine zunehmende Stigmatisierung und Isolierung, die einen Gewaltkreislauf befördern. Präventive Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote können sie nicht ersetzen.

Die nachhaltige Förderung ebendieser Strukturen ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil wirksamer Gewaltprävention, demokratischer Teilhabe und des Schutzes vor Diskriminierung.

5. Menschenrechte schützen statt Ausgrenzung verstärken

Nach dem Anschlag beobachten wir in Teilen der politischen und öffentlichen Debatte Forderungen nach einer Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts, der Flucht- und Asylpolitik sowie Debatten über sogenannte „Remigration“. Zugleich wird queerfeindliche Gewalt teilweise mit Herkunft oder Migration verknüpft und es lassen sich politische Reaktionen beobachten, die auf Ausgrenzung, Grenzschießungen und die Entmenschlichung bestimmter

Bevölkerungsgruppen setzen. Aus unserer fachlichen Sicht wird eine solche Externalisierung den Lebensrealitäten queerer Menschen nicht gerecht. Sie verstellt den Blick auf historisch gewachsene und bis heute wirksame Formen von Queerfeindlichkeit in Deutschland sowie auf die gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen, unter denen sie entsteht und fortbesteht. Global betrachtet zeigt sich, dass Queerfeindlichkeit in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kontexten vorkommt.

In unserer Praxis erleben wir, wie wichtig es ist, Queerfeindlichkeit differenziert zu betrachten, ohne dabei einzelne Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen oder strukturelle Ursachen aus dem Blick zu verlieren. Bildungsarbeit schafft Räume, in denen eigene Denkmuster reflektiert, menschenrechtsorientierte Perspektiven entwickelt und demokratische Haltungen gestärkt werden können.

Der Schutz queerer Menschen darf deshalb nicht selektiv verstanden werden. Auch queere Menschen, die vor Verfolgung fliehen, haben Anspruch auf den Schutz ihrer Menschenrechte. Politische Debatten über Staatsangehörigkeit, Flucht oder Migration dürfen nicht dazu führen, dass universelle Menschenrechte relativiert oder gesellschaftliche Gruppen pauschal unter Generalverdacht gestellt werden. Vielmehr braucht es Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit, die Queerfeindlichkeit in ihren gesellschaftlichen Ursachen präventiv entgegenwirkt, Empowerment für queere Communitys ermöglicht und demokratische Teilhabe für alle stärkt.

Hiermit fordern wir dazu auf, Maßnahmen umzusetzen, die aktiv Menschenrechte von queeren und weiteren marginalisierten Menschen bewahren, schützen und unterstützen.
Als Teil queerer Communitys halten wir solidarisch zusammen gegen Rassismus, Queerfeindlichkeit und Spaltung!



Kontakt:

info@queerformat.de